



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

eins meiner Mädchen einst von sich sagte: Mein kleines einsames Herz war davon-  
geflogen.

All meine Einsamkeitsgefühle, Heimweh und Kummer sind nun gerechtfertigt.  
Ich klage nicht um die Vergangenheit, denn durch sie ist die Gegenwart.

Besinnst du dich auf das Wort: Ich will die Jahre erstatten, die die Heu-  
schrecken gefressen haben? Stehst du, ich glaube, daß mir Gott meine verlorren  
Jahre durch die Kampfeszeit hier draußen erstattet hat, und daß es mir vergönnt  
ist, ein neues Leben zu beginnen.

Natürlich weißt du schon, daß wir die Reise um die Welt vollenden. Es  
scheint freilich ein bißchen wankelmütig von mir, zu sagen, daß ich mich darauf  
freue nach all meinem Sammern nach der Heimat. Aber der Witz ist nämlich  
der: die Heimat ist zu mir gekommen. Jack sagt, wir werden dich und Dr. Veet  
in Paris treffen. Denkst du, ich lasse mir weismachen, daß es im Himmel noch  
herrlicher sei als jetzt bei uns auf der Erde!

Der Versuch, dir zu danken, meine liebste Kameradin, für deinen Anteil an  
meinem Glück, ist ganz nutzlos. Seit dem ersten Lebenstage ist meine Dankbar-  
keit gegen dich ein chronischer Zustand. Aber aus vollem Herzen und mit ganzer  
Seele rufe ich dir zu: Gott segne dich, und lebewohl!



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 10. Mai 1909

(Konservativ=agrarisches Kampfmethode. Die Befolungsvorlagen im Reich und  
in Preußen. Deutschland und Italien.)

In Sachen der Reichsfinanzreform ist die Lage noch immer unverändert. Es  
versteht sich von selbst, daß die Regierung ihre Bemühungen nicht aufgibt, eine  
Verständigung mit den Blockparteien und zwischen ihnen herbeizuführen. Einst-  
weilen aber haben diese Bemühungen noch zu keinem Ergebnis geführt. In der  
konservativen Partei halten die einflußreichsten Kreise, jedenfalls die, die sich am  
lautesten bemerkbar machen, an der von der Führung gegebenen Stellung und  
somit auch an dem Widerstande gegen die Erbanfallsteuer fest, obwohl weite Kreise  
innerhalb der Partei mit Befremden, mit Bekümmernis und teilweise mit Ent-  
rüstung dieser Haltung der Führer entgegenstehn. Diese Kreise möchten nicht gern  
Uneinigkeit in die Partei bringen und verhalten sich abwartend, da sie nicht  
wissen, wie sie den Terrorismus des Bundes der Landwirte brechen sollen. Aus  
den konservativen Vereinen der Berliner Vororte erfolgen zahlreiche Austritte; so  
wenig das rein ziffernmäßig besagen mag, so charakteristisch ist die Erscheinung,  
denn die Stützen gerade dieser Vereine sind vornehmlich Offiziere, höhere Beamte,  
mittlere Gewerbetreibende, Schriftsteller, Berufspolitiker, alles Leute, deren kon-  
servative Gesinnung auf selbständiger Überzeugung beruht und nicht durch Schlag-  
worte und Interessen zu beeinflussen ist. Was diese Konservativen so stark ver-  
stimmt, ist nicht die Meinungsverschiedenheit selbst, sondern die unwürdige  
Kampfweise derer, die für sie das Wort zu führen beanspruchen. Auch wer die  
Nachlasssteuer oder Erbanfallsteuer persönlich für eine sehr zweckmäßige Einrich-  
tung hält, wird mit voller Ruhe und Achtung die Gründe eines andern prüfen und

würdigen können, der dagegen allerlei Bedenken anzuführen hat. Aber für einen Teil der Konservativen ist es eine bittere Erfahrung, die Wortführer der Partei, darunter die Vertreter der Landwirtschaft, für die sie so gern selbst eintreten, unter Zustimmung der Reichstagsfraktion und der Parteileitung Wege einschlagen zu sehen, die zur Verleugnung der besten und bewährtesten Grundsätze der Partei führen.

In dem führenden Organ der Agrarier, der Deutschen Tageszeitung, kann man dafür täglich Beispiele finden. Daß ein solches Blatt, das auf weite Volkskreise wirken will, gelegentlich auch Stimmen und Meinungen berücksichtigt, die einen außerordentlich engbegrenzten Horizont des Einsenders verraten, ist zu verstehn. Aber was soll man dazu sagen, wenn den Lesern dieses Blattes, das doch auch auf die Achtung anständiger Leute von selbständigem Urteil und Weltkenntnis Anspruch erhebt, Ausführungen wie die folgenden, die von einem „mittlern Beamten in Berlin“ herrühren, zugemutet werden: „Zu den Freunden der Nachlaßsteuer gehören hauptsächlich folgende Gruppen: Erstens Professoren, die uns ungefähr folgendermaßen belehren: Ein Staat besteht aus Menschen. Stirbt ein Mensch, so hinterläßt er entweder Vermögen, oder er hinterläßt keins. Alle Menschen aber sterben einmal. Das einfachste Mittel also, der Staatskasse ständige Zufuhr zu sichern, ist die Einsetzung des Staats als Miterben in Form einer Nachlaßsteuer. Voraussetzung für die Erarbeitung des Besitzes und dessen Erhaltung durch die Familie? Phrasen! Die zweite Gruppe ist das mobile Kapital; die dritte gewisse großstädtische Zeitungen (meistens zur zweiten Gruppe gehörig) und die unter ihrer Suggestion stehenden Bevölkerungsklassen.“

So geht es weiter in krausen und verworrenen Anklagen gegen das mobile Kapital und die Großstädte; Gutgemeintes und krasse Übertreibungen in buntem Gemisch; und das alles vorgetragen mit der rührenden Ahnungslosigkeit eines braven Mannes, der das, was eigentlich geschehen soll, und um was es sich handelt, überhaupt gar nicht begriffen hat und uns nur ein Beispiel gibt, welche Verwüstungen in seinem unter der Suggestion der Deutschen Tageszeitung stehenden Gehirn angerichtet worden sind.

Ein weiteres Beispiel dafür, daß die agrarische Kampfweise nicht in dem Vorführen vernünftiger Gründe, sondern nur in dem Wachsruhen demokratischer Instinkte besteht. Es wäre noch vor kurzer Zeit unmöglich gewesen, daß das Urteil eines bekannten Demokraten und eines sozialliberalen Eigenbrödlers auf die Deutsche Tageszeitung Eindruck gemacht hätte. Gerade diese Persönlichkeiten — Dr. Breitscheid und der Reichstagsabgeordnete Potthoff — wurden, wenn sie überhaupt in dem Blatte genannt wurden, mit Spott und Hohn überschüttet. Aber da hat nun kürzlich Dr. Breitscheid auf seine Art die Konservativen gelobt: „Sind doch ganze Kerls, unsre Junker! Bei aller Abneigung vor ihren politischen Idealen: es sind Leute von Rückgrat und festem Charakter.“ Diese und ähnliche Sätze gehen dem agrarischen Blatte sehr glatt hinunter; es zitiert sie voll Genugtuung. Ein wirklicher Konservativer würde stutzig werden bei dem Lob aus diesem Munde. Man denke nur an die Kanalvorlage zurück! Wir wollen hier ganz davon absehen, ob die damals opponierenden Konservativen Recht oder Unrecht hatten — jedenfalls waren es klare, sachliche Gründe, die die Konservativen in einer bestimmten, rein wirtschaftlichen Frage in die Opposition trieben. Man brauchte diese Gründe nicht für richtig zu halten, aber es lag keine Ursache vor, ihre Vertreter zu verunglimpfen. Dennoch geschah es von liberaler Seite. Warum pries damals kein Demokrat die Rückgratfestigkeit der konservativen Volksvertreter, die sich sogar einer Maßregelung aussetzten? Weil diese Leute damals wirklich auf

einer eignen, wohlgegründeten, pflichtmäßigen Überzeugung standen, und das hat noch kein Demokrat jemals bewundert. Aber der sachlich unbegründete Eigensinn, der sich dem Staat als Hemmschuh vorlegt, der seine Kraft nur von den Strahlen der Gnaden Sonne des Königs Demos empfängt — der macht in den Augen des waschechten Demokraten den „ganzen Kerl“. Nicht jeder jedoch, der nach der Meinung der Demokratie ein festes Rückgrat hat, steht fest und gesund auf den Beinen; die steife, aufrechte Haltung verrät in gewissen Fällen gerade ein krankes Rückenmark. Die Bewunderung der Demokratie ist ein sehr zweifelhafter Vorzug; sie ist vielmehr fast ein sicheres Zeichen, daß es sich nicht um eine gesunde Opposition handelt, wobei wir unter „gesunder Opposition“ die abweichende Meinung von Männern verstehen, die grundsätzlich bereit sind, dem Staate zu geben, was dem Staate zukommt, und von diesem Standpunkt aus die Fragen sachlich prüfen.

Um die agrarische Kampfweise noch weiter zu schildern, sei endlich folgendes erwähnt. Die konservative Korrespondenz hatte einen Rechtfertigungsversuch für die konservative Politik unternommen, und darauf brachte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung eine Erwiderung. Darin wurde zunächst die konservative Behauptung zurückgewiesen, die Zustimmung der Partei zu dem Erbschaftssteuergesetz von 1906 sei geschehen im Vertrauen auf feierliche Erklärungen aus dem Munde des Fürsten Bülow und des Freiherrn v. Rheinbaben, daß diese Steuer niemals auf Kinder und Ehegatten ausgedehnt würde. Offiziös wurde bemerkt: „Solche feierliche Erklärungen sind nicht abgegeben worden. Der Reichskanzler hat bei den damaligen Verhandlungen lediglich die Bedenken gegen eine Erbschaftsteuer überhaupt entwickelt, um zu beweisen, »daß die verbündeten Regierungen an diesen Bedenken nicht achtlos und leichtsinnig vorbeigegangen sind«. Der preußische Finanzminister hat bei jenen Beratungen zwar seine Gegnerschaft gegen die vom Abgeordneten Frizzen (Zentrum) als möglich behandelte Deszendentensteuer bekundet, aber keineswegs ein bindendes Versprechen gegen diese Steuer gegeben.“

Was hat nun die Deutsche Tageszeitung zu dieser klaren Feststellung zu bemerken? Sie benutzt mit echt jesuitischer Dialektik die letzte Wendung, um glauben zu machen, die Regierung wolle nur ein bindendes Versprechen, nicht aber ihre Erklärungen ableugnen. Über die Feststellung, daß die Regierung damals überhaupt gar keine Erklärungen über die Deszendentensteuer abgegeben hat, gleitet das Agrarierblatt sanft hinweg. Wenn Herr v. Rheinbaben damals für seine Person und als preußischer Ressortminister in der Debatte seine Ansichten gegen die Deszendentensteuer geltend gemacht hat, so ist es doch einfach selbstverständlich, daß die verbündeten Regierungen dadurch nicht gebunden sind. Der Reichskanzler aber hat über die Deszendentensteuer damals überhaupt nicht gesprochen. Trotzdem meint die Deutsche Tageszeitung: „Aus diesen feierlichen Erklärungen mußte aber geschlossen werden, daß die damalige und gegenwärtige Regierung nicht daran denken würde, jemals die Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten auszudehnen.“ Warum mußte das geschlossen werden? Etwa daraus, daß der Reichskanzler diese Frage überhaupt gar nicht berührte? Das ist eine neue Beweismethode, die wirklich zu empfehlen ist. A hat mit B von einer neuen Villa gesprochen, die er sich gekauft hat; er hat zwar nicht davon gesprochen, daß B sein Gast sein solle, aber B meint, aus der Erwähnung des Kaufs müsse er schließen, daß A ihn zu Gast geladen habe! Das ist ungefähr dieselbe Logik. Herr v. Rheinbaben aber wird sich freuen, daß jede von ihm geäußerte Ansicht — auch eine solche, die er selbst später nach seinem eignen Geständnis als unhaltbar erkannt hat, und die eine Frage betrifft, worüber ihm allein gar keine Entscheidung zustand — einen so ungeheuer tiefen Eindruck auf eine ganze Partei macht, daß diese blindlings glaubt, die ganze deutsche

Reichspolitik sei für absehbare Zeiten darauf festgelegt. Denn man beachte wohl: die gegenwärtige Regierung soll nicht daran denken, jemals die Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten auszudehnen! Die Deutsche Tageszeitung fügt hinzu: „Wenn diese Erklärungen nicht »feierlich« gemeint waren, so hat die konservative Korrespondenz ihnen einen höhern Wert beigemessen, als sie hatten oder haben sollten; daraus ist ihr aber kein Vorwurf zu machen.“ Das soll eine besondere Bosheit gegen die Regierung sein, ist aber in Wahrheit vielmehr eine Unhöflichkeit gegen die konservative Partei, die in Wirklichkeit nicht so tölpelhaft und naiv ist, wie es eine große Partei sein müßte, wenn sie ihre Politik auf leichtfertige Annahmen, falsche Schätzungen und unlogische Schlussfolgerungen aus mißverstandnen und ungenau aufgefaßten Reden von Regierungsvertretern aufbauen wollte.

Wie sehr die konservative Partei jetzt ihren sonst so stark betonten Grundsätzen untreu geworden ist, geht auch daraus hervor, daß sie dem Reichskanzler einen Vorwurf daraus macht, daß er auf die führende Rolle der Regierung in der Reichsfinanzreform nicht verzichten will, daß er die Entscheidung über bestimmte Vorschläge fordert und nicht, wie die Konservativen wollen, irgendwelche Vorschläge aus der Hand einer beliebigen Zufallsmehrheit entgegennimmt. Und weil Fürst Bülow es ablehnt, eine von den verbündeten Regierungen nicht gutgeheißene, unzureichende Lösung durch eine konservativ-klerikale Mehrheit votieren zu lassen, weil er also der Parlamentsmehrheit nicht die Führung überlassen will, beschuldigt ihn ein konservatives Blatt erstaunlicher Weise der Nachgiebigkeit gegen den Gedanken eines parlamentarischen Regiments! Begründet wird diese alles auf den Kopf stellende Andeutung damit, daß es dem Fürsten Bülow nicht um die Durchführung der Reichsfinanzreform, sondern um die Erhaltung der ihm genehmen Blockmehrheit zu tun sei. Mit dieser unsinnigen und gezwungenen Beweisführung wird zu verdecken gesucht, daß die Konservativen von der Regierung verlangen, sie solle sich einer — übrigens noch zweifelhaften — Parlamentsmehrheit einfach unterwerfen, also gerade das tun, was von der konservativen Partei sonst am schärfsten bekämpft wird.

Die Folgen des unerquicklichen Zustandes der Finanzreformfrage sind in jeder Beziehung bedauerlich. Auch die Neuordnung der Besoldungen der Reichsbeamten und Offiziere kommt deswegen nicht zustande. Zwar haben die Kommissionsberatungen darüber begonnen, aber zu wirklichen Ergebnissen kann man nicht gelangen, solange das Schicksal der Reichsfinanzen nicht entschieden ist. Es ist daher einstweilen noch sehr überflüssig, daß man sich darüber gestritten hat, ob man den Reichsbeamten vor den preussischen Beamten Vorzüge einräumen darf. Man hörte dabei sogar die seltsame Bemerkung, es würde doch auch nicht danach gefragt, ob die Besoldung der Reichsbeamten in Übereinstimmung mit den Besoldungsvorschriften anderer Bundesstaaten sei. Ein Zeichen, wie wenig sich manche Parlamentarier in die wirklichen Verhältnisse hineinzuversetzen vermögen. Denn abgesehen von dem Reichsgericht und einzelnen Außenposten befindet sich doch der ganze Apparat der Reichsverwaltung in der preussischen Hauptstadt, jeder Reichsbeamte also in unmittelbarer Berührung mit preussischen Beamten von gleichem Rang und entsprechendem Arbeitsfeld. Daß man also Ungleichheiten, die als Ungerechtigkeiten empfunden werden, möglichst vermeidet, ist doch selbstverständlich. Vorläufig ist die Lage dadurch noch verwickelter geworden, daß auch in Preußen die Besoldungsfrage auf ein Hemmnis gestoßen ist, weil sich das Herrenhaus den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses nicht angeschlossen hat, obwohl die Regierung mit dem Abgeordnetenhaus einig geworden war. Das Herrenhaus hat daran verschiedene Änderungen vorgenommen und vor allem die von den beiden andern gesetzgebenden

Faktoren bewilligte rückwirkende Kraft des neuen Gesetzes vom 1. April 1908 an, zwar nicht für die Gehälter, wohl aber für die Wohnungsgeldzuschüsse gestrichen. Auch an dem Lehrerbefoldungsgesetz hat das Herrenhaus Änderungen vorgenommen. Es hat den großen Städten die bisherigen Staatszuschüsse, die gestrichen werden sollten, weiter bewilligt, und um diese Summen wieder einzubringen, einzelne Befoldungsbestimmungen zu Ungunsten der Lehrer verschoben. Nun ist das Abgeordnetenhaus aufs neue mit diesen Fragen beschäftigt. Es ist nicht zu verwundern, daß alle diese Verhältnisse in Verbindung mit den unerfreulichen Erfahrungen bei der Reichsfinanzreform eine große Verstimmung in der Beamenschaft hervorgerufen haben. Man wird bei Betrachtung der jetzigen Lage unwillkürlich an ein Bismarckwort erinnert, an eine Stelle, die sich in der großen sozialpolitischen Rede vom 9. Mai 1884 findet. Fürst Bismarck sagte damals: „Die Politik macht uns tot, indem sie uns hindert, unsere Interessen wahrzunehmen; sobald es der Parteipolitik, der Fraktionspolitik nicht paßt, so können die Interessen zugrunde gehen, und es kann darüber ausgepfändet werden oder Hungers sterben, wer will — das ist der Fraktion als solcher vollständig gleichgiltig; sie fragt nur: Was nützt es meiner Fraktion? Vivat fractio, pereat mundus!“

In der auswärtigen Lage ist wenigstens eine größere Beruhigung eingetreten, weil die Fragen, die die Mächte gemeinsam in Atem hielten, vorläufig gelöst sind, im übrigen aber die Mächte reichlich mit sich selbst zu tun haben. Zwar schlummern hinter der jetzigen Entwicklung der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel wie im ottomanischen Reich überhaupt allerlei Möglichkeiten; in Persien sind die Verhältnisse trotz der russischen Intervention noch unklar genug, und in Marokko droht das Feuer der Unruhen und Wirren wieder aufzuflammen. Aber nirgends besteht die Neigung, aus diesen Schwierigkeiten wieder eine Frage für die europäische Politik zu machen. England ist, wie wir, in Finanzsorgen, Frankreich in sozialpolitischen Nöten und in der Beforgnis vor einer Auflehnung der Beamten und einem Generalstreik, Ungarn hat seine Ministerkrisis und Rußland ein ganzes Bündel ungelöster Probleme und politischer Fragezeichen. So können wir denn wieder den Zustand verzeichnen, den die Diplomaten Sprache eine *détente* nennt.

Der Kaiser verläßt jetzt Korfu, besucht Malta und wird am 12. d. M. in Brindisi mit dem König von Italien zusammenkommen. Diese Zusammenkunft ist um so mehr zu begrüßen, als die Stellung Italiens im Dreibunde wieder häufiger Gegenstand von allerlei mißvergnügten und gehässigen Erörterungen geworden ist. In Italien selbst hat der Deputierte Barzilai eine Anfrage an die Regierung gerichtet, die schon durch ihre Fassung zeigt, daß der Interpellant das Ausscheiden Italiens aus dem Dreibund als die ihm und seinen Gefinnungsgegnossen angenehmste Lösung ansehen würde. In Wirklichkeit denkt von den maßgebenden Persönlichkeiten in Italien niemand an diese Lösung in absehbarer Zeit. Denn der Dreibund besteht noch auf mehrere Jahre hinaus, und die letzte Möglichkeit, ihn früher zu kündigen, ist von der italienischen Regierung vorübergelassen worden, ohne davon Gebrauch zu machen. Die Orientkrisis brachte für Italien eine keineswegs leichte Aufgabe mit sich. Trotzdem war die Haltung der italienischen Regierung den beiden andern Dreibundmächten gegenüber vollkommen loyal und korrekt. Das ist in Wien und Berlin dankbar anerkannt worden. Und dadurch ist das schon früher vorhandene Vertrauen befestigt worden, daß König Viktor Emanuel, die italienischen Staatsmänner und alle einsichtigen Politiker in Italien am Dreibund festhalten wollen und den Wert dieses Verhältnisses durchaus würdigen. Realpolitische Gründe sehr gewichtiger Art sind es, die alle ernsthaften Staatsmänner in Italien immer wieder auf freundschaftliche und durch feste Abmachungen gesicherte Beziehungen zu

den europäischen Zentralmächten hinweisen. Freilich können auch die dreibundfreundlichen Politiker nicht übersehen, daß Italien als Mittelmeermacht sich nicht einfach den mitteleuropäischen Interessen anschließen kann, sondern auch den Westmächten gegenüber eine freundliche und vorsichtige Politik treiben muß. In dieser Beziehung haben es König Viktor Emanuel und seine verantwortlichen Berater ihren Bundesgenossen gegenüber niemals an Ehrlichkeit fehlen lassen. Darum sind auch die persönlichen Beziehungen zwischen den Monarchen und den leitenden Staatsmännern der Dreibundmächte immer aufrichtig und herzlich gewesen. Das muß man betonen, auch wenn man sehr wohl weiß, daß die Volksstimmung und Volksmeinung in Italien im großen und ganzen nur mäßige, vielfach örtlich begrenzte Sympathien für Deutschland hegt, ja in vielen Teilen Italiens und in gewissen sozialen Kreisen sogar deutschfeindlich ist. Besonders sind es republikanische Strömungen, die aus leicht erkennbaren Gründen die engere Fühlung mit Frankreich suchen und Abneigung gegen Deutschland zur Schau tragen. Diese Stimmung findet ihre Nahrung in vielen angesehenen Presseorganen, die ganz im französischen Fahrwasser schwimmen und unter französischem Einfluß stehen. Aber zum Glück sind die Italiener nicht auf Gefühlspolitik angelegt. Wenn es sich um positive Entscheidungen handelt, kommt doch der richtige Instinkt für den Vorteil des Landes zum Ausdruck. Und alle Staatsmänner, die bisher diesen Vorteil klar und entschieden wahrgenommen und infolgedessen das Vertrauen der Mehrheit ihres Volkes erworben haben, kommen doch immer wieder auf die Notwendigkeit und den Nutzen des Dreibundes zurück. Wenn jetzt von italienischer Seite — übrigens wohl nur, um eine Anknüpfung zur Kritik an dem Dreibund zu haben — eine gewisse Empfindlichkeit zur Schau getragen wird, daß bei dem engen Zusammengehn Deutschlands und Österreich-Ungarns die Haltung der dritten Dreibundmacht weder vom Fürsten Bülow noch von Baron Mehrenthal besonders erwähnt worden ist, so weiß sicher der König selbst, der Minister Tittoni und alle, die über die Ereignisse näher unterrichtet sind, daß darin keinerlei Unfreundlichkeit gesucht werden kann, höchstens eine verständnisvolle Würdigung der besondern Schwierigkeiten, denen Italien bei der Führung seiner Politik ausgesetzt ist. Diese Politik aber erfreut sich, zumal da sie in der Hand des Herrn Tittoni liegt, durchaus des Vertrauens der verbündeten Mächte.

### Koloniale Rundschau

Berlin, 11. Mai 1909.

Die Sensationen auf kolonialem Gebiete hören heutzutage nicht mehr auf. Es sind dies allerdings nicht die Sensationen früherer Zeiten, die regelmäßig in „Kolonialskandalen“ bestanden, sondern die heutigen Sensationen haben immer einen realen Hintergrund, sei er nun wirtschaftlicher oder politischer Natur. Herr Dernburg ist längst des trocknen Tones satt, er bringt das nötige Temperament in die Diskussion, und daneben sorgt er als gewiegter Börsenmann dafür, daß das wirtschaftliche Leben im Fluß bleibt. Und die Natur selbst scheint ihm ihren Beistand zu leihen. Einmal sind es großartige Diamantensunde, ein andermal Vulkan- ausbrüche, die seinen Neigungen und Bestrebungen rechtzeitig zu Hilfe kommen. Kein Wunder, daß seine Überraschungen meist ein dankbares Publikum finden, um so mehr, als sich auch der kritisch veranlagte Kolonialfreund nicht mehr recht auskennt und gegenüber den nicht wegzuleugnenden wirtschaftlichen Erfolgen mit seiner noch so wohlbegründeten Kritik nicht viel Glück hat. Da muß schon eines Tags ein kleiner Kladderadatsch — den wir zwar nicht wünschen wollen, der aber nichtsdestoweniger bestimmt kommt — dafür sorgen, daß die koloniale Hauffe nicht in den Himmel wächst und wir uns eines Tags wieder auf dem soliden Boden guten Grenzboten II 1909

bürgerlicher Siedlungspolitik befinden, die allein unsrer Kolonialarbeit das nötige Rückgrat verleiht. Nun zu den Sensationen.

Die neueste Sensation ist die in Vorbereitung befindliche Verstaatlichung der Otavibahn, die zwischen der Kolonialverwaltung und der Otavigesellschaft soeben vereinbart worden ist. Als Preis ist auf der Basis der vermutlichen heutigen Entstehungskosten plus Bauzinsen und dem üblichen Unternehmergeinn der Betrag von 22 Millionen Mark in Aussicht genommen. Gleichzeitig mit dem Verkauf erfolgt die Verpachtung der Bahn an die Otaviminen- und Eisenbahngesellschaft auf längstens dreißig Jahre zu etwa 5,90 Prozent des Kaufpreises. Natürlich unterliegen diese Abmachungen noch der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften und der Generalversammlung der Otavigesellschaft. An sich ist die Verstaatlichung der Otavibahn sicherlich zu begrüßen, sie bedeutet einen Schritt vorwärts auf dem Wege zu Entwicklung eines gesunden selbständigen Staats- und Wirtschaftslebens in der Kolonie. Unsympathisch berührt nur der Zeitpunkt. Wir meinen, man hätte auf die jedenfalls übertriebene Haufe der Otaviantelle Rücksicht nehmen und mit der Einleitung der Verstaatlichungsverhandlungen warten können, bis in absehbarer Zeit ein normaler Zustand eingetreten wäre. Nachdem durch den bekannten Vortrag Dernburgs seinerzeit der Anstoß zu dieser Haufe gegeben worden war, wäre eine gewisse Vorsicht der Kolonialverwaltung in dieser Hinsicht doch wohl am Platze gewesen, denn es war natürlich klar, daß die Verstaatlichungsverhandlungen ein weiteres ungesundes Hinausschnellen der Otaviantelle und damit in Zusammenhang stehender Werte zur Folge haben würden.

Die Verstaatlichung mußte ja eines Tages erfolgen, denn ein Schienentweg, der mit einer staatlichen Verkehrslinie parallel läuft und weiterhin einen besonders zukunftsreichen Teil der Kolonie erschließt, durfte auf die Dauer nicht einseitigen Interessen dienen. Denn das hat die Otavibahn unzweifelhaft getan, ohne daß man der Gesellschaft daraus einen Vorwurf machen kann. Über den Kaufpreis läßt sich ohne genaue Kenntnis der Akten natürlich nicht urteilen. Er wird im Reichstag noch eingehender Prüfung unterliegen müssen. Der Pachtschilling, den die Otavigesellschaft für den Betrieb der Bahn an den Fiskus zahlen soll, scheint für diesen ganz günstig zu sein, denn eine Verzinsung von fast 6 vom Hundert kann sich neben der der heimischen Eisenbahnen, die  $3\frac{1}{2}$  bis 5 vom Hundert beträgt, sehen lassen. Nun ist die Bahn fast ausschließlich zur Ausbeutung der Kupfererzlager der Gesellschaft gebaut worden; man konnte also sagen, daß der Verstaatlichung eine gewisse Berechnung der Zeitdauer zugrunde gelegt werden muß, für die der Bahn die Erztransporte mit einiger Wahrscheinlichkeit gewährleistet werden können. Wir wollen einmal annehmen, daß dies geschehen, und daß die Lebensdauer der Otaviminen auf dreißig Jahre, die Dauer des ersten Pachtvertrags, normiert worden ist. Würde man voraussetzen, daß nach dieser Zeit die Kupfertransporte wegfallen, so müßte bei der Verstaatlichung nicht nur an Verzinsung sondern auch an Amortisation gedacht werden. Aber wir glauben, man kann diesem Einwand ruhig mit dem Hinweis begegnen, daß mit ziemlicher Sicherheit in der Zwischenzeit weitere Erzlagerstätten erschlossen werden dürften, und daß zweifellos bis dahin der Norden der Kolonie landwirtschaftlich so weit entwickelt sein wird, daß die Eisenbahn davon leben kann. Denn bekanntlich ist gerade der Norden der landwirtschaftlich wertvollste Teil der Kolonie; und späterhin wird der Acker- und Plantagenbau im Ovamboland und im Caprivizipfel der Bahn zusammen mit der Viehwirtschaft des Hererolandes nach menschlicher Voraussicht genügend Massentransporte liefern, um deren Rentabilität zu sichern, auch wenn mit dem Bergbau nicht mehr viel los sein sollte.

Voraussetzung ist natürlich, daß schon jetzt bewußt auf diese Entwicklung hingearbeitet wird. Daran hats bis jetzt gehapert. Man entsinnt sich wohl der Klagen der Ansiedler des Nordens, die etwa vor Jahresfrist durch die Presse gingen, daß die Tarifpolitik der Otavigesellschaft Viehtransporte auf ihrer Bahn schlechterdings unmöglich machte; und Dernburg gab auch seinerzeit zu, daß Mißstände in dieser Hinsicht vorliegen. Es muß somit angenommen werden, daß bei dem Abschluß des Eisenbahnpachtvertrags auch die Vertreter der Landwirtschaft aus der Kolonie ein Wort mitzureden haben werden. Denn das muß immer wieder betont werden: das Rückgrat der Kolonie ist die Siedlung, somit die Farmwirtschaft. Sie muß mit allen Mitteln auf eine gesunde Grundlage gestellt werden. Sicherlich mag für den Fiskus der Bergbau zunächst lukrativer sein. Aber der Bergbau ist Zufälligkeiten unterworfen und in hohem Maße vom Weltmarkt abhängig und beruht auf dem internationalen Kapital. Die Farmwirtschaft aber ist deutsch, und solange drüben deutsche Siedler die Hände rühren, ist auch der Bestand der Kolonie gesichert. Und darum soll man die deutsche Siedlung zuerst, wenn auch unter Opfern, auf die Füße stellen, wie es andre Kolonialstaaten machen. Es ist ja verständlich, daß Dernburg den Gründungen des Großkapitals besondere Fürsorge angedeihen läßt. Aber dem deutschen Volke sind die Siedlungen wichtiger, und letzten Endes steht und fällt auch der Bergbau, sofern er deutsch sein will, mit dem Wohlergehen und der politischen Festigkeit dieser Siedlung.

Daran hat wohl Dernburg nicht gedacht, als er die Anschauungen der Ansiedler über die Selbstverwaltung — so erzählen wenigstens die Windhuker Nachrichten — seinerzeit „saudumm“ nannte. Ich bin als Süddeutscher weit entfernt davon, eine solche rednerische Entgleisung eines rücksichtslosen Temperaments tragisch zu nehmen, und die Südwestafrikaner haben dies auch nicht getan. Aber auch, wenn man diese Antwort Dernburgs aus Groeberschem Deutsch in parlamentarisches übersezt, so bleibt offenbar immer noch eine völlige Verkennung des gesunden und berechtigten Selbstständigkeitsdrangs freischaffender Männer übrig, die sehr zu bedauern ist. Aus den Forderungen unsrer Landsleute drüben spricht der Geist, den wir zur Kolonialpolitik brauchen, der Geist, dem die Zukunft gehört, und die Regierung täte gut daran, wenn sie diesen Geist nicht durch rückständigen Bevormundungstrieb zu unterdrücken suchen würde. Wir haben den Streit um die Befugnisse der Organe der Selbstverwaltung schon wiederholt erörtert und können darauf verweisen. Gewünscht hätten wir in diesem Falle, daß die Ansiedler den Streit nicht auf die Spitze getrieben, sondern einige Zeit zugewartet hätten, ob sich nicht die Selbstverwaltung von selbst in der von ihnen erstrebten Form entwickelt, aber — das muß gesagt werden — im Prinzip haben sie mit ihren Forderungen recht.

Auf all dies und andres werden wir in einem besondern Aufsatz über die Entwicklung Südwests demnächst zurückkommen. Wir wollen aber jetzt Südwest nicht verlassen, ohne noch etwas erfreuliches zu erwähnen, nämlich die Verordnung über die Besteuerung des Grundeigentums, die Gouverneur von Schuckmann soeben erlassen hat.

Danach unterliegt das bebaut und unbebaute Grundeigentum einer Grundsteuer und einer Umsatzsteuer. Die Grundsteuer beträgt jährlich für ländliche Grundstücke für das Hektar in den nördlichen und mittlern Bezirken einen Pfennig, in den südlichen Bezirken Gibeon, Reetmanshoop und Lüderitzbucht sowie in der Namib oder Gegenden von ähnlichem Charakter einen halben Pfennig, bei Kleinsiedlungen 1 Mark für jede angefangnen 10 Hektar, bei städtischen Grundstücken 2 Pfennige für das Geviertmeter, wenigstens aber 2 Mark. Die Umsatzsteuer

wird bei Übergang des Eigentums an einem städtischen oder ländlichen Grundstück und an einer Kleinsiedlung unter Lebenden oder von Todes wegen erhoben und beträgt 2 vom Hundert des Wertes. Auf den Eigentumsübergang zwischen Voreltern, Eltern und Nachkommen sowie auf den Eigentumsübergang zwischen Eheleuten von Todes wegen findet diese Vorschrift keine Anwendung. Von der Grundsteuer sind befreit: der Landesfiskus, kommunale Verbände, Neuanfiedler für das laufende Steuerjahr, schließlich die South West Africa Co. im Umfange der in der Konzession vom 12. September 1892 über die Befreiung von der Steuerpflicht getroffenen Bestimmung.

Diese Verordnung ist eine befreiende Tat insofern, als durch sie endlich mit der Steuerfreiheit der großen Landgesellschaften\*) gebrochen ist und diese jetzt mit ihrem gesamten Landbesitz zu den allgemeinen Lasten herangezogen werden, die seither fast ausschließlich auf den Schultern der Einzelsiedler ruhten. Freilich sind diese dadurch nicht entlastet, aber immerhin ist die neue Steuer für ihren vorwiegend produktiven Landbesitz eine geringe Belastung. Dagegen bringt die Besteuerung des großen Besitzes der Landgesellschaften der Kolonie eine schöne Summe Geldes ein, und andererseits zwingt sie diese, von ihrer bisherigen, vorwiegend spekulativen Politik abzugehen und ihren Landbesitz schleunigst zu veräußern oder selbst produktiv zu gestalten. Jedenfalls gewährleistet die neue Steuer dem Fiskus ansehnliche Einnahmen. Es ist also begründete Hoffnung vorhanden, daß die Einnahmen der Kolonie durch die neue Steuer und die Abgaben aus der Diamantenproduktion bald die Höhe erreichen, die notwendig ist, um die Bedenken der Regierung gegen die Selbstverwaltung zu zerstreuen, und daß sich so der leidige Konflikt von selbst erledigt.

Die einzige hervorstechende Neuigkeit aus Kamerun ist der unerwartet nach hundertfünfzigjähriger Ruhe erfolgte Ausbruch des Kamerunbergs. Auf das wirtschaftliche Leben wird dieser unangenehme Zwischenfall kaum einen Einfluß ausüben, um so weniger als die Gegend, in der das Plantagengebiet liegt, nicht weiter gefährdet erscheint. Die einzige Wirkung wird wohl die sein, daß der Sitz des Gouvernements von Buea nach einem andern Plage verlegt wird, entweder nach dem Haupthafen Duala oder an den Endpunkt der Manengubabahn, also wieder ins Gebirge. Und in dieser Hinsicht ist die Natur den Wünschen der Regierung entgegengekommen.

Gouverneur Dr. Seitz weiß augenblicklich in Deutschland, und er will, wie man hört, eine größere Besprechung mit den Kameruninteressenten über allerlei alte Streitfragen herbeiführen. Außerdem will er offenbar für die Ausdehnung der Plantagenwirtschaft Stimmung machen, namentlich für die Aufnahme des Tabakbaus. Die Versuche auf diesem Gebiete scheinen recht vielversprechend zu sein, das heißt, dieser Ansicht ist Dr. Seitz. Er soll einige Kisten Kamerunzigarren als Probe mitgebracht haben. Ob sie gut sind, weiß ich nicht. Wir wollen aber hoffen, daß sie rauchbarer sind als zum Beispiel unsre Neuguineazigarren selbigen Angebens.

Alles in allem befindet sich die Kolonie auf guten Wegen. Die wirtschaftliche Entwicklung des letzten Jahres deutet darauf hin. Auch scheint sich, nach der Stimmung in Handels- und Pflanzerkreisen zu schließen, der Gouverneur mit den Ansiedlern gut zu vertragen, die erste Bedingung zu gedeihlicher Entwicklung.

\*) Die von der Steuer befreite South West Africa Company, eine halb englische Gesellschaft, ist durch den Bau ihrer Bahn von Otavi nach Grootfontein sowie gezwungen, ihr Land zu verwerten.

Leider kann dasselbe nicht von Ostafrika gesagt werden. Dort ist der Konflikt zwischen dem Gouverneur und den Weißen der Kolonie nachgerade eine dauernde Einrichtung. Die Kommunalverbände, die Anfänge einer Selbstverwaltung, sind am 31. März aufgehoben worden, und damit hat der Gouverneur erreicht, was er wollte: er ist allein Herr im Hause. Nun fehlt nur noch der geliebte Schwarze als rechte Hand des Gouverneurs. Wenn Herr v. Rechenberg die „Eingebornenausschüsse“ und farbigen „Bezirksräte“ wirklich durchsetzt, so ist auch dies erreicht.

Ähnlich gehts auf Samoa zu. Der jüngste Putsch der Eingebornen hat Verhältnisse aufgedeckt, daß sich jedem, dem die Würde des Deutschen Reiches und der weißen Rasse am Herzen liegt, die Haare sträuben möchten.

Man wird in dieser Hinsicht bei der Kolonialverwaltung kaum auf Verständnis rechnen können, denn Dernburg überschätzt notorisch die Eingebornen. Bezeichnend dafür ist, daß er sogar geneigt ist, den Neger zum Eid im Gerichtsverfahren zuzulassen. Charakteristisch war auch seine Äußerung bezüglich der Diamantensunde vor dem Deutschen Handelstag: „Ein purer Zufall hat zur Entdeckung der Diamanten geführt; Eingeborne, die in den Kimberleyminen beschäftigt waren, fanden die Diamanten und machten Mitteilung von ihrem Funde. Nicht etwa deutscher Intelligenz haben wir die Diamantensunde zu danken, sondern den Schwarzen, der Rasse, für die einzutreten man mir verargt hat!“

Um diesen krausen Gedankengang zu vollenden, möchten wir hinzufügen: wenn keine Weißen nach Afrika gekommen wären, so wüßten die Schwarzen gar nicht, was Diamanten sind, und hätten auch nicht die Diamanten von Lüderichsbusch gefunden. Und wenn man böshaft sein wollte, so könnte man behaupten: wenn die Herren Erzberger und Roeren nicht gewesen wären, so hätte Dernburg keine Gelegenheit gehabt, die Eiterbeule aufzustechen und die koloniale Sache in Schwung zu bringen.

Wir sind eben anscheinend noch zu jung als Kolonialvolk, um das richtige Rassegefühl zu besitzen. Es ist ja auch kein Wunder, wenn es sich im Volke nicht einbürgern will. Solange es noch sogenannte „alte Afrikaner“ gibt, die hier mit schwarzen Dienern herumrenommieren, wenn man trotz übelster Erfahrungen in der Armee unsern deutschen Soldaten da und dort immer wieder Nigger als Vorgesetzte zumutet, kann man Rassegefühl im Volke nicht erwarten. Wie kann man dann von denselben Bauernjungen, die beim Militär vor einem Nigger stramm stehen mußten, verlangen, daß sie sich nachher etwa als Ansiedler in Südwest ihrer Rassepflichten bewußt sind, wie kann man es ihnen verargen, wenn sie nicht verstehen, warum sie sich nicht z. B. mit einem begüterten Bastardmädchen zusammentun sollen? Und wenn sogar ein früherer Gouverneur, Herr Leutwein, obwohl er doch wohl seine Ungeeignetheit zum Kolonialbeamten schon ausreichend dargetan hat, sich bemüht fühlt, in Vorträgen, wie jüngst in Donauerschlingen, Mischehen gewissermaßen zu entschuldigen und der Bastardwirtschaft das Wort zu reden, so darf man sich nicht wundern, wenn man in Berlin halbwüchsige Jungen mit Niggern stolz Arm in Arm gehen sieht, wie es auch Herr Leutwein in Südwest getan haben soll. Zum Rassenbewußtsein muß das Volk erst erzogen werden, aber unsre heutige Kolonialpolitik und solche Beispiele sind nicht dazu angetan, diese Aufgabe zu erfüllen. Und doch ist dies für uns eine Lebensfrage, das muß immer und immer wiederholt werden.

Rudolf Wagner

Philosophische Schriften. Daß die von Windelband unter Mitwirkung von Wundt, Liebmann, Troeltsch und andern zu Kuno Fischers achtzigstem Geburtstag herausgegebene Festschrift: „Die Philosophie im Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts“ eine zweite Auflage erlebt hat (Heidelberg, Carl Winter, 1907).

erscheint mir besonders deswegen erfreulich, weil sie um die Abhandlung „Naturphilosophie“ von Theodor Lipps bereichert worden ist, nach deren Studium die Gelehrten Gaedelscher Richtung gestehn müssen, daß ihre Wissenschaft weder Naturwissenschaft noch überhaupt Wissenschaft ist. Ein Paar Grundgedanken! Die Naturwissenschaft hat es mit den Erscheinungen zu tun, und zwar nicht mit diesen Erscheinungen an sich, sondern mit deren gesetzmäßigem Zusammenhang und Verlauf. Diesen nachzuweisen, vermag sie nur, indem sie die Welt der Erscheinungen mechanisiert, das heißt als eine Verkettung von Bewegungen im Raume darstellt. Über das Seiende, das den Erscheinungen zugrunde liegen mag, hat die Naturwissenschaft nichts auszusagen. Dieses Seiende erscheint nicht, sondern es wird erlebt, es ist unser eignes Ich, das wir in unserm Bewußtsein erleben. Die ganze materielle Welt existiert nur als Mittel, den Ichen zum Bewußtsein zu verhelfen, ist nur für diese da und als etwas an sich Seiendes gar nicht vorhanden. Der Materialismus, der sie für ein solches hält, also neben das allein unzweifelhaft existierende Sein, das geistige, ein zweites, das materielle setzt, ist nicht Monismus, was er sich zu sein einbildet, sondern Dualismus. In der Einheit unserm Bewußtseins aber spiegelt sich die Welteinheit, die nichts anderes sein kann als die Weltsubstanz, und da es außer dem bewußten Geiste nichts Substantielles gibt, ein absolutes, uns transzendentes und zugleich immanentes Ich sein muß. Das Gehirn, an das unser individuelles Ich gebunden erscheint, gehört der Welt der Erscheinungen an, ist demnach naturwissenschaftlich, physikalisch zu betrachten und in den lückenlosen Mechanismus einzufügen, den diese Betrachtungsweise konstruiert. Aber die Verknüpfung unserm Bewußtseins mit dem Gehirn ist nicht als ursächliche aufzufassen. Die Gehirnvorgänge verhalten sich zu den Bewußtseinsvorgängen wie die Noten zur Musik. Ändert der Komponist etwas an den Noten, so ändert sich auch die nach diesen Noten aufgeführte Musik; dennoch wäre es lächerlich, zu sagen, die Musik sei ein Erzeugnis der Noten; ebensogut könnte man sagen, sie sei ein Erzeugnis der Presse, die diese Noten druckt, oder ein literarisches Kunstwerk, ein Gedicht, sei das Erzeugnis der Druckerpresse. Und behaupten, es gebe kein Bewußtsein ohne Gehirn, das ist so viel als: es gebe keine Musik ohne gedruckte Noten. „Was ich damit sagen will, ist dies, daß jede negative Aussage über die Existenz von Bewußtseinsleben irgendwo in der Welt und weiterhin, daß jede Aussage über die Nichtexistenz des individuellen Ich nach der Vernichtung des körperlichen Repräsentanten, das heißt nach dem physischen Tode, schlechthin unwissenschaftliches Reden ist.“ Ebenso unwissenschaftlich ist das Gerede von dem Hirn, das angeblich denke. Wenn eine Änderung im Hirn eintritt, der eine Änderung im Denken entspricht, so liegt die Ursache im absoluten Ich, in der Weltsubstanz, die diese Änderung im Denken und zugleich in dem das Denken repräsentierenden körperlichen Organ hervorbringt, wie der Dichter, der sein Gedicht ändert, in der neuen Auflage auch den Druck ändern läßt. Da ich gerade das Wort „Druck“ schreibe — es sind mir zwei Druckfehler aufgefallen. S. 145 Z. 7 v. u. steht „Repräsentierten“ für „Repräsentierenden“, und S. 156 Z. 4 v. o. „bei“ statt „sei“. — In der Klarheit kommt Emile Boutroux unserm Lipps nicht gleich, aber in den Ergebnissen nähert er sich ihm. Seine in der Sorbonne gehaltenen Vorlesungen Über den Begriff des Naturgesetzes (Gena, Eugen Diederichs, 1907) behandeln die logischen, die mathematischen, die mechanischen, die physikalischen, die chemischen, die biologischen, die psychologischen, die soziologischen Gesetze. Am Schluß schreibt er: „Was wir Naturgesetze nennen, ist die Summe der Methoden [?], die wir erfunden haben, um uns die Dinge anzueignen und sie in den Dienst unserm Willens zu stellen. Ursprünglich sah der Mensch überall nur übernatürliche Laune

und Willkür. Infolgedessen konnte die Freiheit, die er sich zuschrieb, nicht im geringsten den Lauf der Dinge ändern. Die moderne Wissenschaft zeigte ihm überall das Naturgesetz, und er glaubte seine Freiheit in den univervellen Determinismus versinken zu sehen. Aber eine richtige Auffassung der Naturgesetze gibt ihm seine Freiheit wieder; sie gewährt ihm die Sicherheit, daß seine Freiheit wirksam sein und die Erscheinungen lenken kann. — Kurd Laßwitz versucht, auf kantischen Wegen das Naturgesetz mit der Freiheit zu versöhnen. Daß mich sein Versuch nicht befriedigt, was ja an der Schwäche meiner Intelligenz liegen könnte, habe ich im zweiten Bande des Jahrgangs 1901 der Grenzboten, Seite 429, bekannt. Aber ihn zu lesen, bereitet immer Genuß, und das gilt auch von seinem neuesten Buche: *Seelen und Ziele, Beiträge zum Weltverständnis* (Leipzig, B. Elischer Nachfolger, 1908). Im Widerspruch zu E. von Hartmann, Otto Liebmann, Reinke und andern Forschern, die er übrigens nicht nennt, hält er das organische Individuum für „ein System, dessen energisches Gefüge eine gewisse Komplikation erreicht hat“, und an dessen Entstehung andre als die im physikalisch-chemischen Gebiete tätigen Kräfte nicht beteiligt seien. Aber den „Grundirrtum des dogmatischen Monismus, daß theoretische Erkenntnis der Natur allein ausreiche zur Weltbestimmung“, weist er zurück. Zwar den Vitalismus verwirft er in jeder Gestalt, und „die Idee der Zweckmäßigkeit unter die naturwissenschaftlichen Erkenntnismittel aufnehmen,“ das heißt nach ihm „am Problem der Naturwissenschaft verzweifeln“; was meiner Überzeugung nach nur allenfalls gelten würde, wenn man die Naturwissenschaft auf das unorganische Gebiet beschränkte. Nicht jedoch leugnet er den Zweck und die Ideen überhaupt; nur verweist er sie ins ethische und ästhetische Gebiet. Zwischen Kant und Goethe versucht er in mehreren Kapiteln Versöhnung zu stiften. — Theodor Kappstein liefert unter dem Titel *Eduard von Hartmann* (mit Porträt und Faksimile, Gotha, Andreas Bertes, 1907) eine Einführung in die Gedankenwelt des Philosophen, die in der Tat weit praktischer ist als die allzu sachwissenschaftlich gehaltenen Bücher von Arthur Drews. Im Vorwort wird mit Recht noch einmal die Mißachtung gerügt, mit der die zünftigen Philosophen den unzüchtigen Kollegen bisher behandelt haben, und in der Lebensskizze der folgende charakteristische Vorfall in Erinnerung gebracht. Als der literarische Kampf um die Philosophie des Unbewußten tobte, da erschien eine Widerlegung dieses Werkes, deren anonymen Verfasser seine Sache so ausgezeichnet machte, daß er den allgemeinen Beifall der Gegner erntete, auch Haedels; dieser freute sich über die Vernichtung Hartmanns, der eben von Naturwissenschaft nichts verstehe, durch einen „wahrhaft Sachkundigen“. Und nun enthüllte sich Hartmann selbst als diesen wahrhaft Sachkundigen und stellte der in jener Schrift vollzogenen Selbstkritik seine aus 260 Notizen bestehende Apologie gegenüber. Wenn jemand mir beistimmt, dann ist er ein wahrhaft Sachkundiger, wenn nicht, ein Ignorant; so hält's Herr Haedel, und wohl auch mancher andre, in der Polemik. In der Schilderung von Hartmanns schönem Familienleben führt Kappstein folgendes beherzigenswertes Bekenntnis des Verstorbenen an: „In keiner Zeit meines Lebens habe ich anders als in einer Familie gelebt; aus der meiner Eltern trat ich unmittelbar in meine erste Ehe über, und während meines anderthalbjährigen Wittwerstandes schloß ich mich und mein verwaißtes Töchterlein wiederum dem Hausstande an, den meine inzwischen verwitwete Mutter und ihre Schwester führten. Der Mensch wurzelt in der Familie und mündet in sie; zu beklagen sind nicht bloß die, die ohne Familie aufwachsen, sondern noch mehr solche, die das Ziel einer eignen Familiengründung verfehlen.“ — Ein origineller Denker ist S. Philipp. Zwar sein Grundgedanke, den er in dem Buche: *Über uns Menschen* (Leipzig, E. A. Seemann, 1908) predigt, ist nichts weniger als neu: die Dinge, die Tat-

bestände; der Wissensstoff, die sogenannten Wahrheiten sind an sich nichts wert; ihr Wertvolles besteht in dem Werte, den wir ihnen beilegen, in den Gefühlen, zu deren Erregung wir sie verwenden. Aber die Art, wie er diesen Gedanken psychologisch und biologisch entwickelt und durch Beispiele illustriert, ist interessant und lehrreich. Nur geht er zu weit, wenn er die subjektiven Schätzungen, die den Dingen Wert verleihen, sämtlich als Überschätzungen und die durch Glückgefühle erzeugten Stimmungen sämtlich als Rauschzustände charakterisiert. Wenn wir einmal wissen, daß das bewußte Geistesleben das allein wahrhaft Wirkliche in der Welt ist, so versteht es sich ganz von selbst, daß auch alle Werte nur in der Menschenseele, nicht außerhalb existieren können, und es ist gar keine Illusion dabei, wenn wir unsre Wertschätzungen und Glückgefühle an die äußern Dinge knüpfen, von denen sie erregt werden, wenn wir uns des Anblicks der Himmelsbläue erfreuen, obwohl wir wissen, daß sie nur in unserm Bewußtsein, nicht in der Atmosphäre existiert. Philipp mustert die verschiedenen Lebens- und Wissensgebiete von seinem Standpunkt aus durch und erfreut durch manchen geistreichen, auch praktisch brauchbaren Gedanken. In einem metaphysischen Kapitel beweist er, daß die Welt (die er, wie sich gebührt, vom Raum unterscheidet) weder unendlich noch ewig sein kann. Er hält sie für das Exkret eines uns völlig unbekanntem und unzugänglichen Jenseitigen. Er ist also nicht Pantheist zu nennen, denn dem Pantheisten ist die Welt nicht Exkret, sondern Sekret, Mittel und Organ der Selbstbetätigung des Absoluten.

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig  
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

# Deutsche Charakterköpfe

Denkmäler deutscher Persönlichkeiten aus ihren Schriften

Diese Sammlung will versuchen, die Persönlichkeiten, die an dem Werden unserer nationalen Kultur mitgewirkt, die entscheidenden Perioden dieses Werdens in ihrem Wesen widerspiegeln, in ihren eigenen Äußerungen neu lebendig werden zu lassen.

Bisher erschienen:

**Elisabeth Charlotte.** Herzogin von Orleans. Briefe, ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. J. Wille. [Bd. 1.] Mit 13 Abbildungen. Gebunden M. 2.—

**Albrecht Dürer** in seinen Briefen. Von Oberbibliothekar Markus Zucker. [Bd. 2.] Mit 20 Abbildungen. Gebunden M. 2.—

**Heinrich Pestalozzi.** Eine Auswahl aus seinen Briefen und kleineren Schriften, herausgegeben und eingeleitet von Seminarlehrer Dr. Hermann Waljemann. [Bd. 3.] Mit 19 Abbild. Geb. M. 2.—

**Joachim Nettelbeck,** Bürger zu Kolberg. Eine Auswahl aus seiner Selbstbiographie von Oberlehrer M. Schmitt-Hartlieb. [Bd. 4.] Mit 15 Abbildungen. Gebunden M. 2.—

**Goethes Freundinnen.** Briefe zu ihrer Charakteristik. Ausgewählt und eingeleitet von Dr. Gertrud Bäumer. [Bd. 5/6.] Mit 12 Abbildungen. Gebunden M. 3.—

Weitere Bände befinden sich in Vorbereitung

**Reichillustr. Prospekt** mit Probeabschnitten aus den einzelnen Bänden umsonst und postfrei vom Verlag **B. G. Teubner** in Leipzig und Berlin